

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. frei, auschl. Frägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gelp. Petitzeile 0,15 R.-M., v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., Zesp. Reklamezeile 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichtes zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabeflag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Begründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postkassensch. Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldsch. Filiale Waldenburg. Stadtkontokonto Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß fällig.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (S. D.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelheim.

Nr. 159

Sonntag, den 11. Juli 1926

48. Jahrgang.

## Das Reichsbanner gegen den bestehenden Staat.

### Amtlicher Teil.

### Stromsperre.

Wegen Vornahme dringender Arbeiten an der Hochspannungsanlage wird die Stromlieferung morgen Sonntag von Vormittag 7 Uhr bis Mittag 1 Uhr unterbrochen.

Glauchau, 10. Juli 1926. Ueberlandwerk Glauchau.

Strefemann hat gestern einen vierwöchigen Urlaub angetreten.

Der Brief des Reichskanzlers an den preussischen Ministerpräsidenten in Sachen des Reichsbahnkonfliktes ist jetzt veröffentlicht worden.

Die Verhandlungen zum Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsproblems werden demnächst wieder ausgenommen.

Dr. Curtius hielt in Düsseldorf eine Rede über die Pläne der Reichsregierung zur Hebung des Binnenarbeitsmarktes.

Das englische Oberhaus hat das Achtstundengesetz in dritter Lesung angenommen.

Die russischen Gewerkschaften senden den englischen Bergarbeitern weitere Unterstützung.

In Indien ist es zu neuen Religionsunruhen gekommen.

Waldenburg, 10. Juli 1926.

Wer etwa geglaubt hat, daß Pilsudski auf den polnischen Chauvinismus mächtig einwirken werde, muß sich getäuscht sehen. Polen führt heute noch dieselbe großwahnwitzige Sprache, wie vorher, und gerade in den Pilsudski nahestehenden Kreisen leistet man hierin ganz Besonderes. So schreibt dieser Tage das Blatt der militärischen Organisation Pilsudskis, „Polska Brejnia“:

„Der Versailler Vertrag hat Polen unrecht getan. Er hat uns nicht das Polen von vor 1772 gegeben, er hat uns nicht gegeben Danzig, Gemiand, Masuren, Königsberg, Stettin, Oppeln und Breslau. Die Ansprüche auf diese Städte und Länder, die uns mit Gewalt genommen sind, werden wir niemals aufgeben. De wir offene Grenzen haben, müssen wir eine mächtige Armee haben, die uns nach vier Fronten zu verteidigen vermag. Jeder Pole muß Soldat sein, jede Polin muß der Nationalgarde in Reserve angehören. Ein von Kopf bis zu Fuß bewaffnetes Polen wird allen Feinden entgegenzutreten können; jedes polnische Haus muß eine Festung sein.“

Dieser Ausbruch des vertriegensten polnischen Irredentismus ist kennzeichnend für die Gedankengänge, die auch in den Kreisen Pilsudskis heute noch herrschen. Auch die Tatsache, daß sich Pilsudski als Generalinspekteur der polnischen Armee und Oberbefehlshaber im Kriegsfall eine nahezu unbeschränkte Vollmacht hat einräumen lassen, zeigt deutlich die imperialistischen Ziele des polnischen Militarismus.

Am umgekehrten Verhältnis hierzu steht die wirtschaftliche Lage Polens. Der amerikanische Finanzfachverständige, der kürzlich die Finanzlage Polens untersucht hat, ist dabei zu einem geradezu vernichtenden Urteil gekommen. Danach steht Polen unmittelbar vor dem Staatsbankrott, eine Feststellung, die nicht dazu angetan ist, in Amerika große Begeisterung für eine polnische Anleihe zu erwecken. Auch von Frankreich hat Polen keinerlei finanzielle Unterstützung mehr zu erwarten, da Frankreich mit sich selbst genug zu tun hat.

Die trostlose Finanzlage Polens war es ja auch die Pilsudski veranlaßt hat, auf die Würde des Staatspräsidenten zu verzichten. Er hätte dann als „Diktator“ selbst die Verantwortung auch für die finanziellen Angelegenheiten übernehmen müssen. Davor ist er aber ebenso zurückgeschreckt, wie Poincaré vor dem französischen Finanzministerium. In Polen wie in Frankreich ist es eben viel leichter, an die chauvinistischen Instinkte zu appellieren, als an die Geldbörse. Aber wohin das führt, kann man ebenfalls in beiden Ländern sehen. In Polen hat man ja bisher die Finanzfrage noch nicht allzu tragisch genommen. Solange Frankreich pumpt ging alles herrlich, und wenn der französische Franken fiel, warum sollte dann nicht auch der polnische

Glott fallen? Diesen Sympathiebeweis war man doch dem französischen Freunde schuldig. Jeder echte Nationalpolo hat überdies einen Anspruch darauf, daß in dem neuerrichteten Polenreich auch die alte „polnische Wirtschaft“ herrscht, denn sie gehört nun einmal zu den berechtigten Eigentümlichkeiten Polens.

In diese polnische Staatsauffassung paßt auch durchaus die Art hinein, wie man die Minderheiten behandelt. Die wirtschaftlich wertvollsten Teile Polens sind unstrittig die ehemals deutschen Gebiete, in denen deutscher Fleiß Werte geschaffen hat, die unter der polnischen Miswirtschaft nie hervorgebracht worden wären. Nur von hieraus könnte daher auch für Polen eine wirtschaftliche Gesundung kommen. Aber der blindwütige Haß der Polen gegen alles Nichtpolnische verhindert auch das. Durch systematische Vertreibung der deutschen Kolonisten bemüht man sich, die Kultur und die Wirtschaft in den ehemals deutschen Gebieten auf das Niveau der übrigen Teile Polens herabzudrücken.

Aber nicht nur in den ehemaligen preussischen Ostprovinzen, auch überall dort, wo sich in russisch-Polen schon von altersher deutsche Kolonisten in größerer Zahl angesiedelt hatten, wie z. B. in Wolhynien, führt man diesen Vernichtungskampf gegen das Deutsche. Dabei ist selbst von polnischer Seite das Urteil abgegeben worden, daß die deutschen Kolonisten das nützlichste, fleißigste und in kultureller Hinsicht am höchsten stehende Element in Wolhynien sind. „Das, was mit ihnen geschieht, ist ein Verbrechen und vom Standpunkt des polnischen Staatswesens eine grenzenlose Dummheit.“

Aber nicht nur eine Dummheit, auch eine Gefahr für ganz Europa bedeutet diese polnische Politik. Je verzweifelter sich die wirtschaftliche Lage Polens gestaltet, umso größer wird die Gefahr, daß die polnischen Machthaber durch eine Abenteuerpolitik nach außen die Aufmerksamkeit von der inneren Fäulnis abzulenken versuchen. Die eingangs erwähnte Verteilung des Polenblattes gibt in dieser Hinsicht zu denken.

### Notstandsbauprogramm der Regierung.

Kredite für Eisenbahn-, Kanal- und Wohnungsbauten.

Entsprechend der Ankündigung, die das Reichskabinett am 28. Juni durch den Reichsarbeitsminister im Reichstag machen ließ, hat die Reichsregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein umfassendes Bauprogramm aufgestellt, das auch die Zustimmung des Reichsfinanzministers gefunden hat, weil die gegenwärtige Lage des Geldmarktes die Möglichkeit eröffnet, Mittel für werbende Anlagen, wie sie hier überwiegend in Frage kommen, im Wege der Anleihe zu beschaffen, und weil der Rückgang der Zahl der Erwerbslosen die Ausgaben für die Unterstützung verringert und damit die laufenden Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden vermindert. Am Donnerstag haben sich die Finanzminister der Länder in einer im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Besprechung mit diesem Bauprogramm einverstanden erklärt, so daß es unverzüglich zur Ausführung gelangen kann. Im einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahn-Gesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe dieses Jahres in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Aufträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell behilflich ist. Ueber die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die neuen Aufträge werden insbesondere der Eisenindustrie zugute kommen.

Auch die Reichspost wird das für dieses Haushaltsjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserstraßenbauten, die bereits die Genehmigung des Reichstags erhalten haben, sollen beschleunigt

und verstärkt zur Durchführung kommen. Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angriff zu nehmen, zu denen insbesondere das Reststück des Mittellandkanals gehört.

Auch der Bau von Landarbeiterwohnungen soll verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahre neu in den Haushaltsplan eingestellt. Ferner sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verstärkung über das im Haushalt vorgesehene Maß hinaus erfahren.

Eine Belebung der Bautätigkeit soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichskredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Reichspräsident v. Hindenburg beabsichtigt sich Mitte August auf einige Wochen nach Oberbayern zu begeben, wo er in völliger Zurückgezogenheit auf einem Landgute seine Ferien verbringen wird.

Aus Afrika, Indien und Australien waren bei deutschen Druckereien Aufforderungen zur Herstellung falscher Banknoten des jeweiligen Landes eingegangen. Die Druckereien haben diese Briefe der Reichsbank übergeben und diese setzte die englische Behörde von dem geplanten Betrug in Kenntnis. Die englische Postfach in Berlin hat jetzt den deutschen Firmen ihren Dank für die Anzeige ausgesprochen und jeder Firma ein Geschenk von 50 Pfund überreichen lassen.

Reichsrat und Flaggenfrage. Der Reichsrat nahm am Donnerstag die letzten vom Reichstag beschlossenen Gesetze, darunter das Luftverkehrsabkommen, ohne Einspruch zur Kenntnis. Der Einspruch Preußens wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats anlässlich der Flaggenverordnung wurde durch die im Ausschuss erfolgte Aussprache und die vom Reichsinnenminister Dr. Kütz abgegebene Erklärung für erledigt erklärt. Dr. Kütz hatte im Ausschuss erklärt, es liege der Reichsregierung nichts ferner, als die verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrats schärfen zu wollen. Sie sei auch bereit, sich in solchen Fällen hinter den Reichsrat zu stellen. Der Minister sei dafür, daß der Reichsrat zu allen wichtigen Beratungen über das Verhältnis des Reiches und der Länder und bei allen wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen hinzugezogen werde.

Die Beilegung Scheimrat Wiedefeldts. Unter starker Beteiligung fand auf dem Friedhofe in Dresden-Essen die Beerdigung des ersten Direktors der Krupp-Werke, Scheimrat Dr. Otto Wiedefeldt, statt. Die Reichsregierung, die dem Verstorbenen einen prächtigen Kranz gewidmet hatte, war vertreten durch den Präsidenten des Landesfinanzamts, Schmidtman. Ferner waren erschienen als Vertreter des Auswärtigen Amtes de Haas und als Vertreter des Reichsmarineamtes Admiral Didentopp. Nachdem der schlichte Sarg versenkt war, sprach Herr Krupp von Bohlen-Halbach warme Worte des Gedenkens und hob dabei besonders die zähe Willenskraft hervor, mit der der Verstorbene nach dem deutschen Zusammenbruch die Wiederaufbauarbeit aufgegriffen habe.

Linksregierung in Mecklenburg. Der mecklenburgische Landtag wählte mit 25 gegen 24 Stimmen den sozialdemokratischen Abgeordneten Paul Schröder zum Ministerpräsidenten. Die Wahl der beiden Staatsminister fiel auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Uch (Finanzen) und auf den demokratischen Abgeordneten Dr. Moeller (Kultur). Nach dieser Zusammensetzung des Staatsministeriums hat Mecklenburg somit ein reines Linkskabinett erhalten.

Ludendorffs Ehe geschieden. Die Zivilkammer des Landgerichts München I hat in der Ehescheidungsache des Generals Ludendorff folgendes Urteil erlassen: „Die Ehe der Streitteile wird aus dem Verschulden des Klägers und Wiederbellagten Ludendorff geschieden.“ — Die „München-Neuzeitung“ bemerkt dazu, daß beide Teile den klaren Willen der Aufhebung der Ehe geltend gemacht haben.